

Verwaltungsregionen lösen kein Problem

Zu dem Vorschlag zur Bildung von kommunalen Verwaltungsregionen erklärt **Karl-Martin Hentschel**, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die kommunalen Verwaltungsregionen lösen kein Problem. Von den 950 Beschäftigten, die ihnen vom Land übertragen werden, entfallen alleine 550 auf die Katasterverwaltungen, die in den letzten Jahren erfolgreich automatisiert worden sind. Einsparpotentiale sind nur dann zu erwarten, wenn die Kreise von sich aus Aufgaben in größerem Umfang auf die Verwaltungsregionen übertragen. Gerade das aber wollen die Kreise mit allen Mitteln verhindern. Die Steuerung der kommunalen Verwaltungsregionen ist noch chaotischer, als wir befürchtet haben.

Mit der Einrichtung eines Vorstandes und eines Kontrollausschusses (Haushaltsversammlung) wird jedoch deutlich, dass es sich definitiv entgegen allen Verlautbarungen um eine neue kommunale Ebene handelt. Warum daneben nun noch eine regionale Planungsversammlung eingerichtet werden soll, die nur für die Regionalplanung zuständig ist, können wir nicht nachvollziehen. Dies ist nur zu verstehen als Versuch, mit allen Mitteln eine Demokratisierung der kommunalen Verwaltungsregionen zu verhindern.

Das einzig Positive an dem Konzept ist der Zuschnitt der neuen Regionen. Mit dem IHK-Konzept können wir leben, auch wenn wir das starke Übergewicht der KERN-Region problematisch finden.

Wir gehen davon aus, dass dieses chaotische Konzept nur Übergangscharakter besitzt und alleine dem vergeblichen Versuch geschuldet ist, die kommunale Basis der CDU zu beruhigen. Eingespart wird damit jedenfalls so nichts.

Der Landtag sollte den Mut haben, dieses Konzept im Papierkorb zu versenken und eine konsequente Kommunalreform zu beschließen, wie dies gerade in Mecklenburg-Vorpommern gelungen ist.